

gleichberechtigt teilnehmen. Dabei stimmen beide Seiten in der Einschätzung überein, daß reaktionäre Kräfte versuchen, den Entspannungsprozeß aufzuhalten, den gesellschaftlichen Fortschritt zu hemmen, alte Positionen der Vorherrschaft zu erhalten und neue zu erlangen, um eine umfassende Normalisierung der internationalen Beziehungen zu hintertreiben. Grundlegende Probleme der sozialen und ökonomischen Entwicklung bleiben weiterhin ungelöst. Der Frieden und die internationale Sicherheit werden noch immer durch Krisenherde im Nahen Osten, auf Zypern, in Indochina, im Süden Afrikas und in anderen Gebieten bedroht.

Die gegenwärtige internationale Situation erfordert verstärkte Aktivitäten aller sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte auf der Welt gegen Imperialismus und Reaktion.

In den Gesprächen wurde die wachsende Rolle und Bedeutung der Aktivität der nichtpaktgebundenen Länder bei der Abwendung internationaler Konflikte, bei der Stärkung der internationalen Sicherheit und der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit sowie bei der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hervorgehoben.

Beide Seiten würdigten die Beschlüsse der VI. Sondertagung der UNO-Vollversammlung über die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der gegenseitig vorteilhaften gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen allen Staaten.

Sie stimmten darin überein, daß die nichtgleichberechtigte Stellung der Entwicklungsländer im Ergebnis kolonialer und neokolonialistischer Unterdrückung eine Grundlage für das Weiterbestehen der imperialistischen, neokolonialistischen Ausbeutung und Vorherrschaft bildet. Beide Seiten sind der Ansicht, daß im Interesse des sozialen und ökonomischen Fortschritts der Entwicklungsländer und der Erlangung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit die Anstrengungen aller Staaten darauf gerichtet sein müssen, die Bestimmungen der Deklaration und des Aktionsprogramms der VI. Sondertagung zu **verwirklichen**.

Beide Seiten bekräftigten ihre Entschlossenheit, neue Anstrengungen zu unternehmen im Kampf für Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und Stärkung der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit, für die umfassende Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, und der Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Vorsitzende des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz Tito, erklärten daß die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien auch künftig alle Aktivitäten unterstützen werden, die auf die Erreichung dieser Ziele gerichtet sind.

Beide Seiten widmeten der Situation in Europa besondere Aufmerksamkeit